

**Interfraktioneller Antrag der Fraktionen
SPD, CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und Gö-LINKE
zur Sitzung des Rates am 07. Dezember 2007**

Göttingen, 22. November 2007

Entsendung von VertreterInnen des Integrationsrates als nichtstimmberichtigte Mitglieder in den Schulausschuss

Der Rat der Stadt Göttingen möge beschließen:

In den Schulausschuss des Rates der Stadt Göttingen wird ein nichtstimmberechtigtes Mitglied gemäß § 51.7 NGO vom Integrationsrat Göttingen entsandt. Die Benennung des Mitgliedes und seiner/s Vertreters/in erfolgt durch Vorschlag des Integrationsrates.

Begründung:

Die schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für ihre gesellschaftliche Integration und ihre individuellen Karrierechancen. Das dies bis heute nicht zufriedenstellend gelungen ist, ist weitgehend unstrittig.

Vor diesem Hintergrund und der hohen Bedeutung, die der Bildungsbereich auch im Zusammenhang mit der kommunalen Integrationsplanung einnimmt, soll der Integrationsrat ein nichtstimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss entsenden können.

Thomas Weber
SPD
Fraktion